

Danziger Zeitung.

Nr. 18644.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gesparten gewöhnliche Schriftzeile über deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das neue Gewerbesteuer-Gesetz.

(Landwirtschaftliche Original-Correspondenz der „Danziger Zeitung“.)

In dem neuen Entwurf zu einem Gewerbesteuergesetz lesen wir folgenden Satz:

„Der Gewerbesteuer unterliegen nicht: die Land- und Forstwirtschaft, die Viehzucht, die Jagd, die Fischzucht, der Obst- und Weinbau, der Gartenbau — mit Ausnahme der Kunst- und Handsgärtnerie — einschließlich des Absatzes der selbstgewonnenen Erzeugnisse in rohem Zustande oder nach einer Bearbeitung, welche herkömmlich in den Bereich des betreffenden Gewerbesweiges liegt.“

Ferner:

„Der Gewerbesteuer sollen nicht unterworfen sein Vereine, welche nur den eigenen Bedarf der Mitglieder an Geld, Lebensmitteln und anderen Gegenständen zu beschaffen bezeichnen (Credit-, Consum- und vergleichende Vereine und eingetragene Genossenschaften), sofern sie ihren Verkehr statutgemäß und thatsächlich auf die Mitglieder beschränkt und den erzielten Überschuss nur an die Mitglieder nach Verhältnis ihrer mit dem Verein gemachten, dem Zwecke derselben entsprechenden Geschäfte (Darlehen, Waarenbezüge etc.) verteilen und sofern für den Fall der Auflösung des Vereins die Verwendung des aus dem Geschäftsgewinn angefammelten Vereinsvermögens zu einem gleichen oder sonstigen gemeinnützigen Zwecke festgesetzt ist.“

Durch diese Bestimmungen droht sämtlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften die Gefahr, zur Gewerbesteuer herangezogen zu werden, denn keine ist in der Lage, ihren Verkehr statutmäßig auf ihre Mitglieder zu beschränken. Die Creditvereine, welche ihren Mitgliedern Geld beschaffen sollen, müssen dasselbe von Nichtmitgliedern aufnehmen, die Consumvereine ihre Waaren von Nichtmitgliedern kaufen, die Productivgenossenschaften (Molkerei-, Winder- u. c. Genossenschaften) ihre Produkte an Nichtmitglieder absetzen.

Die Idee der Gewerbesteuer besteht darin, daß von dem Reingewinn eines Geschäftsbetriebes eine Abgabe zu erheben ist. Die Landwirtschaft ist ausdrücklich von den besteuerbaren Betrieben ausgeschlossen. Der Zweck der landwirtschaftlichen Consumvereine und Productivgenossenschaften aber ist kein anderer als der, daß mehrere Landwirthe sich in einem Theile ihres Betriebes vereinigen, nicht um einen Geschäftsgewinn zu erzielen, welcher mit dem eines industriellen Unternehmens vergleichbar wäre, sondern um Ersparnisse an den Betriebskosten zu machen.

Wenn die Mitglieder eines Consumvereins die zum Wirtschaftsbetrieb nothwendigen Futter- und Düngemittel, Sämereien und andere Stoffe kaufen und durch den Bezug im großen etwas billiger kaufen und im Stande sind, die beste Qualität zu wählen, weil die Kosten der Untersuchung sich verringern, so kann man dies nicht einen Geschäftsgewinn nennen. Vielmehr kommt der Verein nur in die Lage des einzelnen Großgrundbesitzers, welcher durch die Ausdehnung seiner Wirtschaft von vornherein den Vortheil des Einkaufs im großen hat. Der vermeintliche Geschäftsgewinn ist also in Wirklichkeit eine wirtschaftliche Ersparnis, die keineswegs durch die Steuer getroffen werden soll. Wenn in den Statuten der Consumvereine dennoch von Geschäftsgewinnen die Rede ist, so hat dies folgenden Grund. Es hat sich als unvorteilhaft herausgestellt, die Waaren den Mitgliedern zu einem billigeren Preise abzugeben, weil dadurch die Concurrenz herausfordert wird. Die Vereine verkaufen die Waaren zu den Tagespreisen, der Einkaufspreis wird nach kaufmännischen Grundsätzen gehalten. Nach dem Jahresabschluß muß, wenn wirklich billiger eingekauft war, ein Überschuss vorhanden sein, und von diesem wird ein Theil als Reservesonds angesammelt, der Rest

den Mitgliedern nach Verhältnis ihres Umsatzes herausgezahlt. Diesen Überschuss nennt man gewöhnlich Geschäftsgewinn, dem kaufmännischen Brauche folgend, er hat aber nicht den Charakter eines solchen, sondern ist eine Ersparnis an Wirtschaftskosten.

Noch deutlicher ist dies nachzuweisen bei den Molkereigenossenschaften. Die von den Mitgliedern eingelieferte Milch wird verarbeitet und verwertet. Die Höhe der Verwertung läßt sich bei den Monatsauszahlungen nicht genau feststellen, weil ein Theil der Produkte, Käse und Schweine, zeitweise auch Butter, erst später verkauft wird. Deshalb geschieht die Bezahlung der in einem Monate gelieferten Milch mit einem berechneten Betrage, der hinter der wirklichen Verwertung zurückbleibt, so daß bei vorsichtiger Berechnung am Ende des Jahres ebenfalls ein Überschuss vorhanden ist. Auch dieser pflegt man mit der durchaus nicht zutreffenden Bezeichnung eines Geschäftsgewinnes zu belegen, er wird nach erfolgten statutenmäßigen Abschreibungen an die Mitglieder nach Verhältnis der gelieferten Milch herausgezahlt und bildet den Rest der Milchverwertung. Ist einmal in Folge unvorsichtiger Berechnung kein Überschuss, sondern ein Manko vorhanden, so kann man dasselbe keineswegs als einen Geschäftsverlust ansiehen, sondern es liegt eine um den fehlenden Betrag geringere Verwertung der Milch vor, als sie anfangs angenommen wurde.

Dieses Verhältnis ist durch das Gesetz, wie aus obigem Citate hervorgeht, anerkannt, und es soll bei einer derartigen Geschäftsführung die Besteuerung ausgeschlossen sein, wenn — der Verkehr auf die Mitglieder beschränkt bleibt. Unter der Herrschaft des jetzigen Gesetzes ist nun seitens der Behörden ausgesprochen worden, daß eine Besteuerung der Genossenschaften nur eintreten solle, wenn ein Consumverein seine Waaren auch an Nichtmitglieder verkauft oder eine Molkereigenossenschaft Milch von Nichtmitgliedern kauft. Davon ist in der obigen Fassung des Entwurfs nicht die Rede. Derselbe bedarf also dringend einer dahin gehenden Änderung, daß dieser Verkehr mit Nichtmitgliedern freigegeben wird, ohne Besteuerung nach sich zu ziehen. Andernfalls würden sämtliche landwirtschaftlichen Genossenschaften steuerpflichtig sein, was das Gesetz nicht verlangt.

Aber wir glauben weiter gehen und fordern zu dürfen, daß innerhalb gewisser Grenzen auch Consumvereine an Nichtmitglieder verkaufen, Molkereigenossenschaften von Nichtmitgliedern Milch beziehen dürfen ohne steuerpflichtig zu werden.

Wenn z. B. ein Consumverein ein großes Quantum, etwa 20 000 Cr. Düngemittel kaufen muß, um eine Preisermäßigung zu erzielen, für die eigenen Mitglieder aber nur einen Bedarf von 18 000 Cr. hat, und die übrigen 2000 Cr. anderweit verkauft will, um die gewünschte Ersparnis zu machen, so hat auch dieses Vorgehen noch nicht den Charakter eines Geschäftes, welches einen steuerpflichtigen Gewinn abwirft. Ebenso wenig ändert es den Charakter des Unternehmens einer Molkereigenossenschaft, wenn neben den täglich von den Mitgliedern eingelieferten etwa 2000 Liter Milch noch einige 100 Liter dazugekauft werden. Dieselben verringen um ein Geringes die Betriebskosten und werben deshalb gern angenommen, werfen aber nicht einen Geschäftsgewinn von solcher Höhe ab, daß er vernünftiger Weise besteuert werden könnte. Sollte der Betrieb zum größten Theile auf gekaufter, zum geringeren auf Milch beruhen, welche von Mitgliedern eingeliefert wird, so würden wir die Besteuerung nicht für unge-

rechtifert halten, ebenso wenig wie die einer Sammelmolkerie, in welcher von einem Unternehmer nur gekaufte Milch verarbeitet wird. Der richtige Maßstab wird sich unschwer finden, das Geschäft leicht kontrollieren lassen, da die Genossenschaften zu sorgfältiger Buchführung verpflichtet sind. — Auch in dieser Beziehung halten wir die Änderung des Entwurfs für dringend geboten. Uebrigens ist in dieser Richtung der Anhalt des Allgemeinen Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften seines Amtes vallend bereits vorgegangen; hoffentlich werden seine Bemühungen von Erfolg gekrönt werden.

Der Eisenbahnbau in Deutsch-Ostafrika.

In dem Vordergrund der colonialpolitischen Fragen steht die Frage des Eisenbahnbaues in Deutsch-Ostafrika. Es handelt sich dabei, wie unsere Leser wissen dürfen, um drei Projekte. Das ist der Bau einer Bahn von Bagamoyo bis Dar-es-Salaam, für den Major v. Wissmann eintritt, ferner der einer Bahn von Dar-es-Salaam nach Farhani, den Dr. Peters empfiehlt, und endlich der Bau einer Bahn von Tanga über den Victoriasee nach dem Tanganjikasee, den Hauptmann Kurt Weiß, der Erforderner von Usambara, fordert. In der Abteilung Berlin der deutschen Colonialgesellschaft behandelte letzterer, welcher bereits im Frühjahr in einer Broschüre „Verkehrswege in Ostafrika“ diesen Gegenstand erörtert hatte, am Montag Abend in längerer Ausführung seinen Vorschlag, der darin gipfelt, auf einen Bahnhof von Bagamoyo nach Dar-es-Salaam, beziehungsweise von Dar-es-Salaam nach Farhani vorläufig zu verzichten und Centralafrika, insbesondere das Geengebiet, durch eine Bahnlinie Tanga-Victoriasee-Tanganjikasee zu erschließen. Unser Berliner Correspondent berichtet uns hierüber:

Bezüglich der Linie Bagamoyo-Dar-es-Salaam-Hauptmann Weiß trogt der enormen Steigerung der Ein- und Ausfuhr zu dem Resultat gekommen, daß um sämtliche Produkte und Waaren auf dieser Linie zu transportieren, augenblicklich noch ein einziger Zug in der Richtung alle 8 Tage genügen würde. Die Rentabilität könnte nur durch planmäßigen Anbau von Massenculturen, durch Plantagenbau und industrielle Etablissemets gesichert werden. Erheblich günstiger würde sich das Bild bei den nach dem Innern führenden Linien gestalten, da hier der billige Wasserverkehr nicht in Betracht komme und unter Zugrundelegung des Princips des Differentialtarifs bedeutend höhere Einnahmen seitens der Bahn zu erzielen wären. Als Vorschlag der Linie Dar-es-Salaam-Farhani wurde betont, daß Dar-es-Salaam als Ausgangspunkt dieser Bahn augenblicklich der bedeutendste Hafenplatz der ostafrikanischen Küste ist. Doch glaubte Redner den beiden erwähnten Linien die Linie Tanga-Saldancharo vorziehen zu müssen, und zwar aus folgenden Gründen: Das Gebiet des Victoriasees, an dessen Ufern augenblicklich Dr. Emin weit um Handelsbeziehungen anzuknüpfen, sei durch eine Bahnlinie von 800 Kilometern und von dort aus der Tanganjika durch eine Linie von 330 Kilometern zu erreichen. Das Gegebiet würde also durch circa 1130 Kilometer Bahnlinie erschlossen, während bei der Befahrung einer Bahnlinie nach und über Tabora hinaus 1400 Km. nötig wären, ganz abgesehen davon, daß in der Zwischenzeit die Engländer, welche den Bau einer Bahn Mombas-Victoria planen, den See früher erreichen und dort den ganzen Handel mittlerweile an sich ziehen können. Bei dieser Gelegenheit betonte Hauptmann Weiß auch die Wichtigkeit der Beschaffung zunächst

wenigstens eines Dampfers auf dem Victoria-See und wies auf den kürzlich veröffentlichten Brief Dr. Emin's hin. Eine Notwendigkeit für den Bahnbau und für die Hebung der handelspolitischen Bedeutung Tanganjas sei das Anlegen der Reichspostdampferlinie in Tanga, die Schaffung eines Handwerkerstandes, die Regelung der schwierigen Arbeiterfrage, die Errichtung verschiedener industrieller Etablissemets, wie Schneidemühlen, Kalkbrennereien und Siegeleien, ferner die Erbauung von Arbeiterhäusern. Vorziehen von Handelsniederlassungen nach dem Innern u. s. w. Die Vorstudien zum Bau der Bahn würden durch ein Consortium mit etwa 800 000 Mk. Kapital ausgeführt werden können, dann erst, aber auch dann erst würde die Aufstellung eines Kostenanschlages möglich sein. Auf technische Einzelheiten, welche zu weit geführt hätten, ging Redner nicht ein, gedachte jedoch mit Dank der verschiedenen Firmen für Lieferung von Eisenbahnmaterial, welche ihn mit ihren Ratschlägen unterstützt hätten.

Wie weit Aussichten auf Verwirklichung dieses Projects vorhanden sind, darüber konnte Redner Mitteilungen nicht machen. Wie wir unterrichtet sind, ist der Bau der Bahn Bagamoyo-Dar-es-Salaam gesichert; die Vorbereitungen dazu werden in Bälde angefangen werden. Von kapitalkräftigen Mitgliedern der ostafrikanischen Gesellschaft wird gleichzeitig energisch an der Bildung eines Consortiums zur Ausführung des Peters'schen Projects gearbeitet. Ob daneben auch noch für eine dritte Bahn das Kapital herbeizuschaffen ist, wird in maßgebenden Kreisen sehr angezeigt.

Deutschland.

* Berlin, 9. Dez. Der Reichstag wird voraussichtlich schon Ende dieser Woche die Weihnachtsferien beginnen. Vorher soll außer der ersten Lesung des Stats noch diejenige der Zuckersteuervorlage erledigt werden. Darüber hinaus sind dringende Gegenstände einstweilen nicht vorhanden. Von den Initiativanträgen, deren allerdings noch eine ansehnliche Zahl unerledigt ist, würden die von sozialdemokratischer und deutsch-freisinniger Seite in Bezug auf die Lebensmittelöl gefestilten in erster Linie stehen.

Mit dem Antrage auf Aufhebung des Jesuitengesetzes scheint es das Centrum nicht alzu eilig zu haben; er wird erst in einem späteren Stadium der Session zur Verhandlung kommen. Die wichtigste und lebhafte Debatte dieser Woche dürfte diejenige über die Zuckertaxe werden.

* [Zum Erlaß des Fideicommissstempels für Herrn v. Lucius] und zu der Behauptung, daß Kaiser Wilhelm I. diesen Stempel zu erlassen pflegte, für welche Behauptung bisher noch nicht ein einziger Fall angeführt worden ist, wird dem „B. Tagebl.“ aus den siebziger Jahren ein Beispiel angeführt, welches das directe Gegenthell geweist. Das Gesetz des damals nobilitirten Herrn v. Alzey auf Alzeyheim bei Nabel, der ein Fideicommiss errichtet hatte, ihm den ungefähr 10 000 Thaler betragenden Fideicommissstempel im Gnadenwege zu erlassen, wurde durch Cabinetsordre abschlägig beschieden. Ein Kommentar ist überflüssig!

* [Die Chancen des Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.] Die „Köln. Itg.“ meint, daß man in Bundesrathskreisen den Centrumsantrag wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes als gänzlich aussichtslos betrachte. Selbst wenn der Antrag die Zustimmung des Reichstages finde, würden die Bundesregierungen sich bestimmt ablehnen verhalten. Die von Gotha aus verbreitete Petition gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei, mit 7000 Unterschriften bedeckt, an den Reichstag abgegangen.

„Darf man denn auch wissen, wer der glückliche Freiermann ist?“

Empört schaute die Jungfrau dem dreisten Sprecher gerade in das Antlitz und erwiderte:

„Ich verweigere Euch die Antwort. Ihr seid mein Beichtiger nicht.“

Der Junker biß die Lippen aufeinander und schwieg eine Weile. Dann warf er sich plötzlich der Jungfrau zu Füßen und rief in leidenschaftlichem Tone aus:

„So leichtes Spiel soll mein Nebenbuhler nicht haben. Gehet her, wie ich Euch jetzt zu Füßen liege, so will ich gen Rom wallfahrt und die Aniene des heiligen Vaters umfassen, daß er mir hilfe, Eure Hand zu gewinnen.“

„Gott's etwa wieder das geistliche Recht sein, worauf Ihr Euch verlaßt?“ fragte Anna nicht ohne leisen Spott. Moritz Ferber antwortete nichts, sondern bedeckte das Gesicht mit beiden Händen. So verharrent die beiden eine Zeit lang regungslos und merkten jetzt erst, welche Veränderung draufhin in der Natur vorgegangen war. Schon längst hatte sich nämlich der Himmel umdüstert, und ein starker Wind peitschte schwere Regentropfen durch das offene Fenster herein. Überdies zuckte jetzt durch das Gemach ein greller Blitz, welchem ein lang anhaltender Donner folgte.

Jungfer Anna zurück und richtete sich so stolz empor, daß Moritz unwillkürlich einige Schritte zurücktrat.

„Mit dem Recht habe ich es lange genug versucht. Nun soll die Liebe sprechen und Euch sagen, daß ich ohne Euch nimmer leben mag.“

Die Worte kamen hastig über die Lippen des Junkers und verfehlten auch nicht, auf Anna einen Eindruck zu machen. Trotzdem wandte sie sich seitwärts, und kaum hörbar ließ sie sich vernehmen:

„Gebt alle Hoffnung auf, Junker! Mein Herz gehört einem Anderen.“

Zum ersten Male war es, daß Jungfer Anna vor sich selber und vor einem Anderen ihre Liebe gestand. Das Blut schoss ihr siedend heiß in die Schläge, und verwirrt griff sie nach der Lehne eines Stuhls, wie um sich daran zu halten. Moritz Ferber zerdrückte zornig sein Barett zwischen den Händen und fragte:

(Nachdruck verboten.)

Moritz Ferbers Brautwerbung.
Historische Erzählung aus Danzigs alten Tagen von Walther Domansky.

20 (Fortsetzung.)

Bewirbt entstellt Moritz durch die offene Thür ohne ein Wort des Abschieds, welches Frau Dorothea in ihrem Traumleben doch nicht erwider hätte. Erst als er von neuem in der Hausflur stand, befann er sich und streifte rasch den Rosenkranz von seinen vor Erregung zitternden Händen. Dabei fielen die Schnüre zu Boden, aber Moritz Ferber dachte nicht daran, sie aufzuheben. Sobald er im Freien war, atmete er erleichtert auf, trocknete die Schwülebleiern auf den Häusern und Dächern lag. Ab und zu verschwand auch schon die stechende Sonne hinter finstrem Gewölk, aber der Junker achtete nicht darauf. Durch die nächsten Querhäuser, welche er bald durchschritten hatte, führte ihn der Weg gerade zu dem Hause der Pielemanns hin. Auch die Frauengasse war menschenleer, so daß sein Erscheinen garnicht weiter auffiel. Einen Augenblick blieb er doch auf dem Weißtakel stehen, dessen Stufen er in stürmisdem Lauf hingeschritten waren. Es brauste ihm in den Ohren, und er wußte kaum, wie er seine Sache vorbringen würde. Aber bald darauf wollte er kurz entschlossen den mächtigen Klopfer an die eichene Thür fallen lassen, als er wahrnahm, daß dieselbe offen stand. Vielleicht war ihm das Glück hold, und er konnte mit der Jungfrau sprechen, ohne daß die anderen Haushgenossen etwas davon gewahr wurden. So schob er denn die schwere Thür vollends auf und gelangte in die halbdunkle Hausflur. In dem Pielemannschen Hause war er noch niemals gewesen, und deshalb fiel es ihm schwer, sich ohne weiteres zurechtzufinden. Doch geradeaus drang durch eine kleine Thür ein Lichtschimmer herein, und Moritz schritt darauf

* [Sonntagsruhe für Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbeamte.] Der Verein für christliche Volksbildung hatte eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, welche um die Erweiterung der Sonntagsruhe für Post-, Eisenbahn- und Telegraphie-Beamte bat. Zeitl. hat der Verein durch den Generalpostmeister und durch den Eisenbahnminister die Antwort auf seine Eingabe erhalten. In dem Schreiben des Herrn v. Stephan heißt es einfach, daß „der Post- und Telegraphendienst an den Sonn- und Feiertagen bereits so weit eingeschränkt ist, als sich dies mit den allgemeinen Interessen und mit der Sicherheit des Betriebes irgend verträgt“; in dem Bescheide des Herrn v. Maybach wird gesagt: „Ob und inwieweit im einzelnen noch Erleichterungen eintreten können, unterliegt der pflichtgemäßen Prüfung der zuständigen Verwaltungsbehörden, welche dieserhalb bereits wiederholt mit den erforderlichen Weisungen versehen sind“, und es wird hinzugefügt, daß der Vereinsvorstand von Seiten des Ministers des Innern noch besonderen Bescheid zu genehmigen habe. In den Kreisen des genannten Vereins betrachtet man dem „Reichsboten“ zufolge die Sache durch diese Erklärungen „selbstverständlich nicht als erledigt“.

* [Offizielle Presse und Welfenfonds.] „Es läßt sich“, schreibt die „Doss. Itg.“, „nicht verkennen, daß sich auf dem Gebiete der offiziellen Presse seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Aber ist eine Besserung gern anzuerkennen, so ist doch nicht zu leugnen, daß dieser Wandel ein zweifellos seine Gewähr nur in den Personen findet. Personen sind vergänglich. Auch ist es nicht unmöglich, daß der Beauftragte des Staatsministeriums, zu offiziellen Kundgebungen nur den „Staats-Anzeiger“ zu benutzen, wieder aufgehoben werde. Die Forderung, daß dem Unwesen der offiziellen Presse auch für die Zukunft gesteuert, also in erster Linie der Welfenfonds befreit werde, bleibt daher nach wie vor berechtigt. Das Staatsministerium wird sich über das Schicksal dieses Fonds nachgerade ein Urtheil gebildet haben, und man wird von dem Finanzminister spätestens bei der Beratung des preußischen Staatshaushalts erfahren wollen, wie es mit den Einnahmen des Welfenfonds fernerhin gehalten werden soll. Wie man auch über die Verwendung des Kapitals denke, so viel ist gewiß, daß es unabwesbar scheint, die Verwaltung desselben und die Verwendung der Zinsen wie alle übrigen Einnahmen des Staates der Aufsicht der Volksvertretung und der Ober-Rechnungskammer zu unterstellen. In einer solchen Maßregel würde die öffentliche Meinung ein Zeugnis sehn, daß es der Regierung mit dem Vorsatz ernst ist, der Wiederkehr des offiziellen Preßtreibens für die Dauer vorzubeugen.“

* [Gegen den Antrag Windthorst auf Aufhebung des Jesuitengesetzes] erklärt sich auch die freimaurige „Relex Itg.“, indem sie schreibt: „Doch ein Verbot des Jesuitenordens nicht nur von weltlichen Herrschern, sondern auch von dem Papste der römischen Kirche ausgesprochen worden ist, weiß man zur Genüge. Ebenso weiß man zur Genüge, daß der Jesuitenorden wesentlich zu dem Zwecke gegründet worden ist, die Reformation rückgängig zu machen, und daß er in diesem Sinne auch gewirkt hat, häufig mehr als es den Bündern zum Segen gereichte. Die Moral der Jesuiten ist oft beleuchtet und angegriffen worden. Ihr Grundsatz des Absturzgehrs kann sehr ernste Anfechtung erfahren, und es ist fraglich, ob nicht der Jesuitenorden unter § 128 des Strafgesetzbuches fällt, nach welchem die Theilnahme an einer Verbindung, in welcher gegen bekannte Obere unbedingter Gehorham verstoßen wird, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht wird. Diese Anstift, welche allerdings von Hinsicht bekämpft wird, ist in der Literatur wiederholt beispielweise von Friedberg vertreten worden. In jedem Falle läßt sich nicht leugnen, daß sich bei dem Gedanken an die Rückkehr der Jesuiten der weltlichen Kreise ein unbegängliches Gefühl bemächtigt. In protestantischen Kreisen steht man in diesem Schrift eine ernste Gefahr. Denn gefaßt man den Jesuiten ihre frühere Thätigkeit, namentlich auch auf dem Gebiete des Unterrichts, so sieht sich der Protestantismus immerhin bedroht. Aber auch in katholischen Kreisen ist man vielfach von jeder Begeisterung für den Jesuitenorden frei; einzelne andere Orden haben regelmäßig in steten Kämpfen mit ihnen gestanden, und ein großer Theil des Clerus steht in den Jesuiten einer Art schlimmer Spione und annähernd Oberschäfer. Wir wissen nicht, wie in diesem Augenblick die Reichsregierung sich zu dem Antrage Windthorst stellt. Wir verhehlen aber nicht, daß wir durchaus wünschen, der Antrag werde schon vom Reichstage abgelehnt, damit der Bundesrat nicht erst in die Versuchung komme, seine Zustimmung zu der Aufhebung des Gesetzes zu geben.“

* [Künstliche Kaffeebohnen.] Seit geraumer Zeit folgt man seitens der Reichsregierung mit Aufmerksamkeit dem Geschäftsbetriebe mit sogenannten künstlichen Kaffeebohnen, welche in öffentlichen Blättern gleichwie die Maschinen, welche zu ihrer Herstellung

wurde blieb Blitz und Donner füllten aus, indem das Unwetter sich in dem einen Schlag entladen hatte. Der Junker erhob sich endlich und schaute Anna mit leidenschaftlich erregten Augen an.

„Weh mir, daß ich Liebe erwidern will“, stieß er hastig hervor. „Wollst du mich wirklich ohne ein Zeichen von Liebe gehen lassen?“

Jungfer Anna wandte sich ab, um ihre hervorrückenden Thränen zu verbergen. Die lange verhaftete Erregung war zu stark gewesen, um sich ganzlich hemmen zu lassen. Bei der Wendung ihres Hauptes fiel aus dem Kranze, welchen sie trug, eine voll aufgeblümte Rose auf den Fußboden hernieder. Moritz Ferber bückte sich eilig darnach, um die Letzte aufzuheben. Sobald er aber die Rose in der Hand hielt, entblätterte die selbe, so daß die zarten Blättchen wiederum zur Erde stießen.

„Ein böses Zeichen“, knirschte er ingrimmig. „So mag es schließlich auch mit meiner Liebe zu Euch gehen.“

Damit verließ er ohne Abschiedswort das Gemach, welches er als ein dreifiger Eindringling betrachtete. Jungfer Anna atmete erleichtert auf, als die Thür sich hinter dem unwillkommenen Gäste schloß. Dann trat sie an das Fenster, welches troh des noch immer strömenden Regens offen geblieben war. Von dort aus konnte sie dem Junker Moritz nachschauen, wie derselbe eilig die Frauengasse entlang schritt. Fast war es wie Mitleid mit dem ungeliebten Jüngling, was in diesem Augenblick ihr weiches Mädchenherz durchbebte. Sicherlich war es jetzt von Seiten des kecken Freiers keine lose Ländelei mehr, mit welcher er sich um ihre Hand bewarb. Sondern jedenfalls war es nun mehr eine starke und aufrichtige Liebe, welche sein Herz offenbarte. Und doch konnte sie diese Liebe nicht erwiedern, das fühlte sie nach dem letzten Vorfall mehr wie jemals. Begierig sog sie die erfrischende Rühe ein, welche der Gewitterregen

gebraucht werden, angepreisen werden. Diese Kaffeebohnen sind für sich allein zur Bereitung des Kaffees in Geschmack und Wirkung ähnlichen Getränkes nicht verwendbar, sie sind daher auch nicht als ein Erfahrungsmittel des Kaffees zu betrachten, sondern nur dazu bestimmt, in Verbindung mit natürlichen Kaffeebohnen im Handel verwerthet zu werden. Es hat sich dabei nach eingehenden Untersuchungen um ein Fabrikat aus geringwertigen Stoffen gehandelt, bei welchem es unwiderleglich auf Täuschung des Publikums abgesehen ist. Nun ist der Verkauf eines solchen Gemisches nicht zu verbieten, sobald der Markt eine jede Täuschung über ihre Beschaffenheit ausschließende Bezeichnung gegeben wird, immerhin aber bleibt in diesem Falle die Gefahr einer solchen bestehen, und die Anprüfung der betreffenden Maschinen zur Anfertigung der künstlichen Kaffeebohnen hat die Täuschung des Publikums zur Voraussetzung. Die Regierung erachtet es, wie die „M. Itg.“ schreibt, als vom öffentlichen Interesse geboten, der hier vorliegenden Verlelung des Nahrungsmittelgesetzes entgegenzutreten, zumal bisher alle öffentlichen Warnungen der Behörden gegen die Anfertigung und den Vertrieb des künstlichen Kaffees fruchtbare gewesen sind. Es soll daher eine kaiserliche Verordnung dahin ergehen, daß auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes die Herstellung, der Verkauf und das Verkaufen von Maschinen zur Anfertigung künstlicher Kaffeebohnen verboten wird.

Augsburg, 8. Dezbr. Heute fand hier eine große Versammlung von Katholiken und Protestanten statt, in welcher nach einer Rede des Oberbürgermeisters Fischer eine Adresse gegen die Aushebung des Jesuitengesetzes beschlossen wurde. (W. L.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Dezbr. Der hier tagende Congrek der Bergarbeiter, an dem auch einige Reichsratsabgeordnete Theil nahmen, beschloß mehrere Resolutionen betreffs des allgemeinen Wahlrechts und der Verbesserung der Lage der Bergarbeiter.

Italien.

Rom, 9. Dezbr. Wie die Blätter melden, hat der Minister des Schatzes wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Arbeitsminister betreffs Verminderung der Ausgaben für öffentliche Arbeiter die Entlassung eingereicht.

Serbien.

Belgrad, 8. Dezbr. Das von der Königin-Mutter Natalie dem Präsidenten der Skupstchina überhandte Memorandum verlangt die Gelegenheit und Möglichkeit, ihren Sohn an Sonn- bzw. Feiertagen einige Stunden zu sehen. Dem Memorandum ist eine Anzahl Aktenstücke beigegeben, darunter auch Briefe vom König Milan, von Gruic und von Simic. Die Regierung soll, wie verlautet, beabsichtigen, einen im Memorandum nicht mitgetheilten Brief des Regenten Ricic zu veröffentlichen, in welchem derselbe der Königin Natalie vorwirft, sie wolle die Rolle einer Königin-Reginin spielen und die Erziehung des jungen Königs leiten, was gegen die Verfassung verstöfe. Wie aus guter Quelle mitgetheilt wird, würde sich die Skupstchina in den allernächsten Tagen in geheimer Sitzung mit dem Memorandum beschäftigen, sie habe diesen Beikluss aus principiellen Gründen gefaßt. Die Regierung halte dagegen einstimmig unentwegt ihren Standpunkt fest, die Skupstchina sei incompetent, in den Privatangelegenheiten des Königshauses zu intervenieren. Die Regierungspartei stimmt hierin mit dem Ministerium überein.

Rußland.

* [Der Zar und Monte Carlo.] Aus Nizza wird gemeldet, daß der Zar beschlossen habe, seinen Unterthanen das Betreten des Fürstenthums Monaco zu verbieten. Natürlich bildet diese Nachricht dort das Tagesgespräch. Wie man vermutet, ist der Grund dieses Verbothes der, daß eine große Anzahl reicher russischer Familien durch das Hazardspiel zu Grunde gerichtet worden ist. Der russische Consul in Nizza weigert sich, irgend welche darauf bezügliche Fragen zu beantworten.

Amerika.

* [Der König der Sandwichtseln]. Rakahaua, ist in San Franjisko eingetroffen und dort mit königlichen Ehren empfangen worden. Der Zweck der Reise des Königs ist, eine Anleihe in den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 9. Dezbr. Im Reichstage wurde heute zunächst nach einem kurzen Disput zwischen dem Abg. Stadthagen (soc.) und dem Minister Böttcher die Vorlage über Helgoland gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in dritter Be-

mit sich brachte. Und unwillkürlich trat dabei das Bild Heinrichs v. Güchten vor ihre Seele, ob sie gleich selber darüber lächelt. Im Stillen begann sie die Liebe und Zuneigung, welche die beiden jungen Männer umweltlos zu ihr hegten, mit einander zu vergleichen. Und da glück denn die Liebe des Junkers Moritz der drückenden Gewitterschwüle, in welcher sie nicht leben und atmen möchte. Die ruhige und besonnene Art aber, womit Heinrich v. Güchten ihr seine Zuneigung zu bemeissen trachtete, glück in ihren Augen der erfrischenden Rühe, welche augenhöchlich dem Gewitter folgte. Möglich, daß ihr lebhafte Sinn sich gerade durch diesen Gegensatz angezogen fühlte. Aber mit Moritz Ferber hätte sie niemals glücklich werden können, davon war sie fest überzeugt. Während sie diesen Gedanken Raum gab, öffnete sich plötzlich die Thür, und die Mutter trat herein. Frau Gertrud begann sich in ihrer Zärtlichkeit zu entschuldigen, daß sie das Töchterchen während des Gewitters allein gelassen hatte. Aber sie war mit Jutta oben auf dem Boden des Hauses beschäftigt gewesen, unter dem alten Gerümpel, welches sich dort im Laufe der Jahre aufgespeichert hatte, einmal Umschau zu halten. Dabei hatten die beiden Frauen garnicht das herannahen des Unwetters bemerkt, und bei dem einen Donnerschlag meinte Jutta, ihr beherstes Aennchen würde sich nicht gleich gar so sehr ärgern. Aber die Mutter hatte es doch keine Ruhe gelassen, bis sie endlich hinabstieg, um nach ihrem Liebling zu sehen. Eben wollte sie die Haare ihres Töchterleins von neuem flechten, als der schwarze Hans plötzlich auf der Thürschwelle erschien. Und zwar sah der Knie mit dem Kindermützchen verstört aus und brachte nur stotternd die Worte hervor:

„Ich habe nicht Schuld daran, gewiß, ich habe nicht Schuld daran.“

Denfalls hatte der einfältige Tölpel den

rathung angenommen. Es folgte die erste Lesung des Stats.

Statssekretär v. Matzahn vertheidigt den Stat in längerer Rede.

Abg. Richter: Alles beweise, daß es auch ohne den Fürsten Bismarck gehe, zumal in der auswärtigen Politik. In der inneren Politik sollte man mit einer Reihe älterer Inventarienstücke aus der Regierungszeit des früheren Reichskanzlers allmählich aufzuräumen. Mit dem Socialistengesetz sei das geschehen, leider aber nicht mit der Alters- und Invaliditäts-Versicherung, einem Erzeugniß der Gesetzgebung, das auf falschen Vorstellungen von der Fähigung des Staates auf dem sozialen Gebiete beruhe, dem sogar die allernächsten Interessirten mit eisiger Theilnahmlosigkeit gegenüberstehen. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes müsse als ein wahres Verhängnis für das Reich angesehen werden, aber leider sei keine Aussicht dafür, diesen Schritt zu verhindern oder aufzuschieben. So könnte die freimaurige Partei nur nochmals vor dem Lande jede Verantwortlichkeit für diesen „Sprung ins Dunkle“ ausdrücklich ablehnen. Zum Stat selbst stellte Redner an die Vertreter der Reichsverwaltung die bestimmte Frage, ob Mehrforderungen für Heer und Flotte neben dem Stat in Aussicht genommen seien oder nicht. Das Extraordinarium für Heer und Marine habe in den letzten 5 Jahren 949 Millionen betragen. Für Eisenbahnbauten seien in derselben Zeit in ganz Deutschland nur 600 Millionen ausgegeben worden. Im Gebiete des Heeres- und Marineverwaltung scheine jetzt die Neubeschaffung des Materials zu rasch und in zu kostspieliger Weise zu erfolgen. Wie verhält sich mit dem Flottenbau vorgegangen worden ist, beweisen die Zahlen des Stats. Vor zwei Jahren noch glaubte der jetzige Reichskanzler mit je 8 Millionen für die nächsten fünf Jahre zum Zwecke des Flottenbaues auskommen zu können. In diesem Jahre werden hierfür allein 45 Millionen gefordert, 5 Millionen mehr als für 5 Jahre in Aussicht genommen worden war. Nun finden wir noch eine Position hinzugefügt, für Aenderungen der Construction nach der Fertigstellung, von über 1 Million. Außerdem kommen hinzu Ersatzsummen für den „Adler“ und „Eber“ und die ganz überflüssige Kaiserjacht, ferner Torpedoboote; auch will man verschiedene neue große Panzersahrzeuge bauen. Man sollte doch auch schon mit Rücksicht auf die Gewerbung von Helgoland und die damit zusammenhängende Küstenverteidigung im Tempo innthalten. Redner verbreitete sich sodann über Colonial-Zoll- und Steuropolitik.

Reichskanzler v. Caprivi geht auf einzelne Punkte des Vorredners ein und sucht dieselben zu widerlegen. Abg. Nebel (soc.): Einem der reichsten Leute im preußischen Staate wird ohne weiteres ein Steuererlaß von 250 000 Mk. gewährt. (Härtl hört links.) Der Reichstag wird Ende der Woche seine Plenarsitzungen bis nach Neujahr verlängern.

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus leitet Cultusminister v. Gotsler den Entwurf über die Abänderung der lex Huene mit einer Reihe ein, welche diese Vorlage vertheidigt.

Abg. Windthorst hält an der lex Huene fest.

Abg. Meyer-Arnswalde (wildconservativ) wendet sich gegen die lex Huene, welche die Finanzen des Staates, der Kreise und Provinzen ruinire.

Finanzminister Miquel empfiehlt das Gesetz.

Abg. Richter: Ich billige dies Gesetz seinem Zweck, aber nicht der Form nach. Ich betrachte es lediglich als einmalige Maßregel in Bezug auf den nothwendigen, bestehenden Zweck. Ich stimme nicht der Ansicht des Abg. Meyer-Arnswalde zu, die lex Huene müsse dauernd um diesen Betrag gekürzt werden. Für dies Gesetz trete ich ein, weil nach der Behauptung der Regierung die geforderte Summe für Schulbauten nöthig ist. Stände nicht diese Summe zur Verfügung, so müßte das Erforderliche, sogar wenn nöthig, auf dem Wege der Anleihe beschafft werden. Wir müssen im nächsten Jahre die nothwendigen Schulbauten unbedingt vornehmen. Allerdings sei durch Erhöhung der Kornzölle die Grundlage der lex Huene wesentlich verändert. Daß der Osten durch diese Vorlage besser wegkomme, sei kein Grund gegen die Vorlage. Der Osten habe oft genug im Interesse des Vaterlandes bluten müssen. Er acceptire die Vorlage unbedingt, wünsche aber Mittheilungen der Regierung über die Verwendung dieser Summen. Den Schulräthen und der Schulbürokratie dürfe das nicht allein überlassen bleiben.

Es sprechen noch die Abg. Gattler (nat.-lib.), Arndt (freicons.), Limburg-Sitrum (conf.), v. Tieck-

mann (freicons.), Schulz-Lupitz (freicons.), Cremer-Teltow (wildcons.). Der Präsident erbittet und erhält von dem Hause die Ermächtigung, die nächste Sitzung mit der Tagesordnung nach eigenem Ermessen anzusehen, da gegenwärtig für die Plenarberathungen außer dem Antrag Conrad kein Material vorliege. In diesem Jahre wird also keine Plenarsitzung mehr stattfinden.

Berlin, 9. Dezbr. Nach der „Kreuzig.“ ist die Meldung von dem Entlassungsgesuch des Präsidenten des Oberkirchenrats Hermes ingläufig unrichtig.

Der Präsident des Reichsinvalidenfonds Michaelis ist gestorben.

Der Kongreß der freien Hilfskassen Deutschlands beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß eine Abänderung des Hilfskassengesetzes unbedingt erforderlich sei, und ersucht den Bundesrat und Reichstag, die betreffende Aenderung in entsprechender Form vorzunehmen. Der Kongreß spricht sich ferner gegen jede weitere Belastung der Hilfskassen, namentlich bezüglich der Meldepflicht aus.

Der „Reichsanzeiger“ meldet über die Schulfrage-Conferenz: In der heutigen Sitzung sprachen sich Schrader (Halle) und Aropatschek (Berlin) gegen Schmälerung des altsprachlichen Unterrichts in den Gymnasien aus. Schrader hält nur eine Entlastung der Schüler in Nebenfächern und Verminderung der Stundenzahl zwecks vermehrten häuslichen Studirens für wünschenswerth. Paulsen (Berlin) äußerte sich gleichfalls gegen die Verringerung des altsprachlichen Unterrichts, hält indes eine innere Umformung des Unterrichts für möglich. Major Fleck und Geheimer Oberregierungsrath Lüders sprachen als Commissare des Kriegs- und Handelsministeriums. Hosprediger Frommel gab den Klagen der Eltern über Überbürdung der Schüler Ausdruck. Hinpeter nahm Gelegenheit, dankbar anzuerkennen, daß das Kasseler Gymnasium an seinem kaiserlichen Jöbling seine Schuldigkeit voll gethan und alle Erwartungen in hohem Maße erfüllt habe.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen sprachen noch Göring, Höher-Hagen und Fürstbischof Kopp. Die Discussion über die Frage 3 (Einschränkung der Unterrichtsstunden in den alten Sprachen in den Gymnasien) wurde beendet. Die Abstimmung erfolgt erst nach Erledigung der Fragen 1 (über die Beibehaltung der bestehenden Arten der höheren Schulen) und 4 (Beibehaltung der im Jahre 1882 angeordneten Verstärkung des Lateins in den Realgymnasien). Die nächste Sitzung findet Mittwoch 10 Uhr statt.

— An der gestrigen Verhandlung über die argentinische Finanzlage bezüglich der auf dem deutschen Markt emittierten argentinischen Staatsanleihen nahm eine Reihe erster deutscher Banken Theil. Man protestierte dagegen, daß auf Grund des Vorschlags des englischen Comités eine Aenderung in der plaktilen Erfüllung der Verbindlichkeiten der Regierung ihren Anleihegläubigern gegenüber eintrete. Sodann wurden im Sinne der von den deutschen und französischen Delegirten in der Londoner Conferenz gemachten Vorschläge weitere Maßnahmen beschlossen und die argentinische Regierung von dem Protest und den Bechlüssen verständigt.

Braunschweig, 9. Dezbr. Die Handelskammer des Herzogthums beschloß betreffs der Zuckersteuer eine Petition an den Reichstag um Erhöhung der offenen Prämienhäfe um 60 Prozent für die Übergangszeit. Die Mehrheit der Handelskammer ist für Befestigung des jetzigen Steuersystems, jedoch unter möglichst schonen Übergangsbestimmungen, eventuell Fortzahlung der entsprechenden Prämien auch nach dem Jahre 1895, falls bis dahin die concurrenden Staaten die Prämien nicht ebenfalls erheblich ermäßigt haben.

Hamburg, 9. Dezbr. Dem „Hamb. Corresp.“ zufolge ist Johann Orths Schiff „Margarete“

und legte ihre schmale Hand auf den Arm der Jungfrau.

„Doch ich seine Liebe nicht erwiedern kann“, entgegnete Anna und fügte leise hinzu: „weil ich einen Anderen liebe.“

„Und dieser Anderer?“ fragte die Mutter lächelnd. „Ist's etwa Heinrich v. Güchten?“

„Richtig gerathen, Herzengemutter, aber beileibe nicht das Geheimniß ausgeplaudert“, klang es zurück.

„Bist du auch seiner Gegenliebe ganz gewiß?“ begann Frau Gertrud von neuem und zog nochmalig die klare Sitten in Falten.

„Noch hat er sich nicht geradezu erklärt“, entgegnete Anna kleinlaut, „aber der Zufall wird es schon fügen, daß wir unsrer gegenseitigen Neigung inne werden.

von der Hamburger Bark „Marie Mercedes“ zu-
lebt am 31. Juli mit sechs anderen Schiffen vor
den Ausläufern des Cap Horn während eines
furchtbaren Orkans bei 15 Grad Süße geschen
wurden.

Hamburg, 9. Dezbr. Dem „Hamb. Corre-
spondent“ zufolge ist in Sachen des Zigarren-
arbeiterstrikos dessen gestrigste Notiz über das
Interesse des Kaisers an dem Strike und die
Reise des Vorsitzenden des Fabrikantenvereins
nach Berlin insoweit nicht ganz zutreffend, als
der Vorsitzende nicht zum Vortrag besohlen
worden ist, sondern Informationen durch die
Behörden eingezogen werden.

Lüneburg, 9. Dezember. Der von dem Groß-
herzog in der heutigen Kammeröffnung zu leistende
Eid lautet, wie folgt: „Ich schwöre auf die Ver-
fassung, die Gesetze des Großherzogthums Luxem-
burg zu beobachten, die Unabhängigkeit der
Nation und die Unantastbarkeit des Gebietes
aufrechtzuerhalten, ebenso die öffentliche und die
persönliche Freiheit und die Rechte aller und
jedes meiner Untertanen; auf die Aufrechthaltung
und Vermehrung des Wohlens von Staat und
Bürger, wie ein guter Fürst thun soll, alle
Mittel zu verwenden, die die Gesetze zu meiner
Verfügung stellen, wozu Gott mir helfe!“

London, 9. Dezbr. Die „Times“ bemerkt in
ihrem City-Bericht, die amerikanische Finanz-
krise sei eine directe Folge des Sturzes Barings.
Alle zwei Monate wurden 4 Millionen Pfund auf
Baring gezogen, was mit der Liquidation der
Firma plötzlich aufhörte.

Danzig, 10. Dezember.

* [Petition gegen das Jesuitengesetz.] Die
hiesige Centrumspartei gerichtet auf nächsten
Dienstag eine Versammlung katholischer Einwohner
Danzigs in den Schulenhausaal zu berufen,
von welcher eine Petition um Wiederholung
der Jesuiten in Deutschland beschlossen werden soll.

m [Die Vorbilder- und Büchersammlung] des
gewerblichen Centralvereins (Jopengasse 52, geöffnet
Dienstag und Freitag 7—9 Uhr Abends, Sonntag 10 bis
12 Uhr Mittags) wurde im Monat November von
85 Personen (33 Damen, 50 Herren) besucht. 68 Per-
sonen enthielten 572 Objekte im Werthe von 934,50 Mk.
Neu angeschafft und in dem Bücherverzeichniß, das
jedem gratis zur Verfügung steht, noch nicht aufgeführt
sind folgende Werke: 1. Guant, Monogramm-Album-
Musteraufnahmen für Weiß-, Bunt- und Goldschmiedekrei, Leder-
prägung, Porzellan- und Majolika-Malerei, 2. Clara Roth, Anleitung
zur Kerbschnitzerei, 3. Clara Roth, Neue Kerbschnitzereimuster, 4. Deutsches Malerjournal, Band VII.,
5. S. Metzinger, Wagen- und Chaisenbau, Jahrgang 1890,
6. Das Schreinerbuch, von Th. Krauth und Sales
Meyer, II. Band. Die gesammte Möbelchirerei mit
beiderlicher Berücksichtigung der künstlerischen Form.

* [Detailisten-Verein.] In der Versammlung des
hiesigen Vereins der Detailisten am Montag Abend
hielt Dr. Prahl einen Vortrag

über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten
Staaten von Nordamerika in ihrem Einfluß auf
Europa. Die Völker der Erde bilden heute — so unge-
fähr wie der Vortragende aus — ein großes Gebiet
gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen, in dem jede
Störung empfindlich sich bemerkbar macht, zumal wenn
ein so kräftiger Durcshlag wie Nordamerika sich als
unliebsamer Fischgenosse erweist. Denn gerade dieses

hat sich in einer Weise entwickelt, daß es unter Staaten und
zugleich Bevölkerungen hervorruft. Von 3 Mill.
Einwohnern im Jahre 1783 hat die Bevölkerung sich
auf über 62 Millionen gehoben; bei dem Umlauf an Geld
betrug im Jahre 1830 nur 18 Dollars auf den Kopf;
heute dagegen 29 Dollars, trotzdem die Be-
völkerung um 45 Millionen sich vermehrt hat.

Im Gegensatz dazu haben sich die Schulden von
2900 Millionen Dollars im Jahre 1835 auf 738 Millionen
verdoppelt. Den Grund zu dieser Blüthe gibt haupt-
sächlich der Ackerbau, denn die Vereinigten Staaten
sind heute der erste Ackerbaustaat der Erde. Ueber-
tragt doch die Jahresproduktion von 52 Milliarden
Mark noch um 10 Milliarden selbst diejenige Russlands,
fünf Siebentel davon fallen allein auf Mais und
Weizen. 1859 führte Nordamerika noch Weizen ein,
heute fördert es ein Viertel des Gesamtumfangs der
Erde und ist damit unendlich wichtig geworden für die
Ernährung Europas. Rächt jenen kommen in Betracht
Baumwolle, Tabak und in jüngster Zeit der cali-
fornische Wein. Mit dem Ackerbau geht zusammen die
Bevölkerung. Die Vereinigten Staaten besitzen jetzt etwa 60 Mill.
Schweine, von denen allein Chicago jährlich 6 Millionen
schlägt. Die Ausfuhr von Schinken und Wurst be-
trug 1860 nur 8 Mill. Mk., 1880 schon 200 Mill. Mk.
und heute etwa 340 Mill. Mk. Das Schlachter Chicago
jährlich noch 1300 000 Kinder, die zu Büchsenfleisch
verarbeitet werden. Daneben geht die Ausfuhr von
lebendem Vieh, schon 1884 mehr als eine halbe Million.
Auf hoher Stufe steht auch die Molkerei, die jetzt
durchschnittlich ½ Million Tonnen Butter und ¼ Million
Tonnen Joghurt ausführt. Die Industrie Nordamerikas
leidet nicht das, was man erwarten sollte. Swar hat
sie sich mächtig und technisch vorzüglich entwickelt, be-
sonders die Eisen- und die Baumwollindustrie.
Erster blieb 1870 noch hinter Deutschland oder
Frankreich einzeln zurück, 10 Jahre später
übertraf sie mehr als beide zusammen. Dennoch
ist die Ausfuhr der gesamten Industrie ver-
schwindend gering. Das liegt außer den be-
sonderen Schwierigkeiten, mit denen die amerika-
nische Industrie zu kämpfen hat, wie Wechsel der
Fabrikarbeiter, hoher Zinsfuß, besonders am Schuf-
zoll, denn dieser verhindert die Herstellung der Fabrikate
berichtig, daß das Ausland billiger arbeiten kann. Von
großer Bedeutung ist für Amerika auch das Kapital
an Arbeitskraft und daheim Gelbe, welches jährlich
durch die Einwanderer dort zusätzl. Dieses allein
befindet in 20 Jahren nach einer ganz geringen Durch-
schnittsschätzung 1½ Milliarden Mk. Nicht zu vergessen
ist auch, daß das ganze Heer Amerikas 25 000 Mann be-
trägt. Was das bedeuten will gegenüber den Massen-
heeren der europäischen Staaten, ergibt sich von selbst.
So sind die meisten europäischen Staaten gegen
Amerika im Nachteil, weil die eigene Landwirtschaft
ihre Bevölkerung nicht ernähren kann, weil sie Kräfte,
die sie mit Kosten großzogen, nebst Kapital an jenes
verlieren, weil die politischen Verhältnisse sie zwingen,
ihre Hauptkraft der Erhaltung ihrer Heere zuwenden,
während Amerika seine Reichthum auf anderen
Gebieten vermerkt. Im Vortheil sind wir allein noch
in der Industrie. Redner schloß nach einigen weiteren
Erörterungen über das Verhältnis zwischen Europa
und Nordamerika und über die Wirkungen der dor-
tigen Schuhzollpolitik mit dem Hinweise auf den schon
mehrfach betonten Gesichtspunkt, daß die europäischen
Staaten, falls sie überhaupt noch gegen jene über-
mächtige Gegnerin sich halten wollen, das Kriegsbeil
begreifen, sich zu einer großen Solidarität zusammen-
schließen und auf friedlichen Gebieten ihre Kräfte im
Wettstreit entfalten sollen.

* [Danziger Dampf-Waschanstalt.] Dr. Koch sand-
te in Ostende, daß die Tanks, in denen die Bewohner
ihre Kleider waschen, den Cholerabacillus in großer
Anzahl enthielten, und auch in Marseille und anderen
Hafenstädten wurde die Erfahrung gemacht, daß die
Cholera zuerst unter den Waschfrauen ausbrach, welche

die Wäsche der eingegangenen Schiffe besorgt hatten.
Da ferner durch die Professorin Guttman, Koch und
Max Wolf in Berlin entdeckt wurde, daß heißer
Dampf das beste Mittel sei, um die so schändlichen
kleinsten Lebewesen zu vernichten, nahm die Ein-
richtung der Dampf-Waschanstalten einen neuen
Aufschwung, da dieselben durch ihren Betrieb die
Möglichkeit gewährten, durch heißer Dampf eine
möglichst vollständige Desinfektion der Wäsche zu er-
reichen. Auch in Danzig ist seit einigen Monaten durch
den Ingenieur Herrn Kubof Aohn auf Karpenseiten
eine derartige Dampf-Waschanstalt eingerichtet worden,
und der steigende Zuspruch, den dieselbe findet, beweist,
daß ihre Einrichtung einem Bedürfnisse entsprochen hat.
In hellen, luftigen, gut ventilirten Räumen befinden
sich im Untergeschoss die Maschinenanlagen. In großen
Kübeln wird die Wäsche in reinem lauen Wasser ge-
weicht und gelangt alsdann in die Waschmaschine,
welche mit einer Geisenlange und etwas Sodalösung
gefüllt ist. Die Maschine, in Form einer Trommel,
dreht sich abwechselnd acht Mal rechts und ebenso oft
links herum, wodurch die Wäsche zusammengeknäult und
wieder aufgerollt wird. Durch Aufführung
von heißem Dampf wird die Lauge siebend gemacht.
Die auf diese Weise gereinigte und gespülte Wäsche
gelangt nunmehr in eine Centrifuge, in welcher durch
schnelle Drehung das in der Wäsche befindliche Wasser
ausgeschleudert wird. Die kaum noch feuchten
Waschstücke kommen sodann in den ein Stockwerk
höher gelegenen, durch Dämpfe erhitzten Trockenraum
oder in eine Dampfglättemaschine, wo sie in kürzester
Zeit vollständig trocken und entweder durch eine
Dampf-Drehrole oder durch Plättelsteine geglättet werden.
Der ganze Vorgang geht mit solcher Geschwindigkeit
vor sich, daß ein uns unbekanntes Tafthandlung nach
wenigen Minuten frisch gewaschen und gesäubert zurück-
gegeben wurde. Neben den Vorzügen auf hygienischem
Gebiete hat die ganze Methode auch noch den großen
Vorteil, daß das Gewebe außerordentlich geschont wird. Die neue Anstalt dürfte also vielen
Uebelständen des bisherigen Waschverfahrens abhelfen
und lebhafte Wünsche entsprechen, die hier schon seit
20 Jahren in den Diskussionen öffentlicher Versammlungen,
namentlich solcher des Gewerbe-Vereins, viel-
fach ihren Ausdruck fanden.

S Düsseldorf, 9. Dezbr. Nach dem vorläufig festgestellten
Ergebnis der Volkszählung vom 1. d. Mts. beträgt
die hiesige Bevölkerung 4711 und zwar 2029 männliche
und 2636 weibliche Personen. Als vorübergehend an-
wesend wurden 100, als vorübergehend abmense 40 Personen
gezählt. Gegen die Bevölkerungsziffer der Zählung
vom Jahre 1885 von 4081 ist die Einwohnerzahl unse-
res Ortes um 630 oder um 15 Proc. gestiegen. Wie hier
verlautet, ist die Bildung einer eigenen Paroie für
die evangelischen Bewohner von Düsseldorf von den zu-
ständigen Instanzen nunmehr genehmigt worden. Zu
dem Einkommen des zu beruhenden Pfarrers soll aus
Staatsfonds jährlich der Betrag von 600 Mk. beige-
steuert werden, das Fehlende hat die Gemeinde bezu-
bringen, welcher die Wahl des Pfarrers zugestanden
worden ist.

△ Neustadt, 9. Dezember. Der jetzt herausgegebene
Berichtungsbereich der Provinzial-Irren-Anstalt
hierherfür für das Statthalter Jahr 1. April 1889/90 enthält
Mittteilungen, die auch von allgemeinem Interesse
sind. Was zunächst die Aufnahmen anbelangt, so sind
vom 1. Oktober 1883 bis 31. März 1889 868 und vom
1. April 1889 bis 31. März 1890 142, mit-
hin seit Bestehen der Anstalt zusammen 1010 Kranke,
und zwar 503 Männer und 507 Frauen ver-
pfliegt worden. Am Bestand blieben am 1. April
1890 426 Personen, nämlich 204 Männer
und 222 Frauen; gehoben wurden 32, gebessert 12, un-
gehobt entlassen 21, geforbert 31 (im Vorjahr 57).
Im Berichtsjahe lagen 143 Aufnahmefälle vor.
30 Personen sind im beschleunigen Verfahren auf-
genommen worden, so daß die Zahl der sämmtlichen
Aufnahmeanträge 173 befragt hat. Die Zahl der
Verpflegungsstage im Berichtsjahr betrug 73 163 für
Männer und 80 241 für Frauen, in Summa 153 404.
Der durchschnittliche tägliche Krankenbestand betrug
402,2 Personen. Auf Freistelleninhaber entfallen auf
die II. Klasse 1682 Verpflegungsstage, auf die III. Klasse
11 720. Es befanden sich am 1. April 1889 in der
Anstalt Freistelleninhaber im ganzen 314, und zwar
152 Männer und 162 Frauen. Hinsichtlich der Ge-
währung der zahlreichen Freistellen und der oft ver-
späteten Nachsuchung der Erkrankten behufs ihrer
Aufnahme heißt es im Bericht wörtlich: „Für die Ge-
währung dieser zahlreichen Freistellen gebührt der
hohen Provinzial-Verwaltung der größte Dank. Es
ist nur zu wünschen, daß die Behörden und Pri-
vaten von der Einrichtung von Freistellen an Un-
bediente mehr als bisher Kenntnis nehmen. Es wird
von zahlreichen Orts- und Amtsverstebern, sowie von
Privaten wegen Armut und Mittellosigkeit der Er-
krankten die Aufnahme nicht oder viel zu spät nach-
gesucht. Erst wenn der Zustand derselben derartig
schlimm und gefährlich geworden ist, daß die Kranken
außerhalb einer Anstalt absolut nicht mehr zu halten
sind, erst dann werden solche Kranken zur Aufnahme an-
gemeldet. Durch derartig verschlepptes Verfahren wird
aber erfahrungsmäßig die Heilungsdauer eine sehr viel
längere, oder der Krankheitszustand ist überhaupt
so weit gediehen, daß eine Heilung nicht mehr er-
folgen kann. Anstatt daß die frisch Erkrankten nur
wenige Monate zu ihrer Heilung in der Anstalt hätten
zubringen müssen, müssen sie nun Jahre lang, oft bis an
ihre Lebensende in der Anstalt verbleiben. Dadurch
erwächst aber der Provinz ein überaus großer Ver-
mögensnachtheil. Es entsteht sonach die Frage, ob es
nicht angezeigt erscheint, diejenigen Gemeinden und
Angestellten, die durch Indolenz und Gleichgültigkeit
bei der Annahme armer Geisteskranken so ver-
spätete — oft Jahre lang hinausgezögerte —
Aufnahme-Gesuche anbringen, die erwachsenen
Kosten selbst tragen zu lassen und ihnen Frei-
stellen nicht zu gewähren. Es würde dadurch ein
größeres Interesse daran erweckt, die Geisteskranken bald
nach ihrer Erkrankung der Anstalt zuzuführen,
der Prozentsatz der Genesungen erhöht und die Aus-
gaben für die Provinz ernäßigt werden.“ Der Bericht
hebt ferner hervor, daß es geboten erscheint, die Irren-
Anstalten in jeder Beziehung den übrigen Kranken-
häusern gleichzustellen, alle Schwierigkeiten bei der
Aufnahme zu beüben, sie von der Bebringung aller
Zeitabenden Formställen zu befreien, bei der Ge-
währung von Freistellen auszuschließen. Voraussichtlich
heilbar waren 47 aller Aufgenommenen = 33,1
Proc. Unter den Aufgenommenen befanden sich
2 Männer, bei denen eine Geisteskrankheit nicht be-
obachtet werden konnte. Sehr bald wurde erkannt,
daß der Eine, ein Schuhmacher, der aus der provin-
zial-Besserungsanstalt in Königsberg geführt war, es
mit Simulation von epileptischen Krämpfen und tö-
tlicher Erregung versuchte. Der Zweite, ein Kühlner Namens Renk aus Radowitz, Kreis Marien-
werder, hatte seine Frau nach verschiedenen Mordver-
stößen schließlich mit einem Schusterhammer erschlagen.
Die Vertheidigung hatte seine Übersführung in die An-
stalt verlangt, indem behauptet wurde, daß der Ange-
klagte sich zur That in einem geisteskranken
Zustande befunden. Das abgegebene Gutachten,
welches sich auch das Medicinal-Collegium zu Danzig
anschloß, lautete indeß, daß der Angeklagte sich
zur Zeit der That nicht in einem Zustande
krankhafter Geistesähnlichkeit befand, durch welche
seine freie Willensmeinung ausgeschlossen war.
Er wurde zum Tode verurtheilt, welche Strafe
im Gnadenwege in lebenstänliche Justizstrafe umgewandelt wurde. Renk erhängte sich alsbald im
Justizhause zu Mewe. Wiegand richtete dann den Revolver gegen sich, der ihm aber von Collegen aus der Hand ge-
schlagen wurde. Wiegand wurde verhaftet; er ge-
stand, die Absicht gehabt zu haben, seinen Borgezehn zu erschießen.

Bermischte Nachrichten.

Hamburg, 8. Dez. Der Steuerziffernnumerar Wieg-
andt, ein Glässer von Geburt, schoß mit einem Re-
volver auf seinen Borgezehn, den Inspector Raufen-
burg. Die Kugel ging am Kopf vorbei und drang in
die Wand. Wiegand richtete dann den Revolver gegen
sich, der ihm aber von Collegen aus der Hand ge-
schlagen wurde. Wiegand wurde verhaftet; er ge-
stand, die Absicht gehabt zu haben, seinen Borgezehn zu erschießen.

Verhältnis, welches sich in derselben Weise
ungefähr auch im gesamten Bestande der Anstalt ge-
zeigt hat. Aus der Stadt Danzig wurden 31 Personen,
aus dem Kreis Neustadt 10, aus dem Kreis Marien-
werder 11 Kranke hierhergeführt. Kreis Elblag liefer-
t nur einen Mann hinein.

Nienburg, 8. Dezember. In der letzten Stadt-
verordnetenstung verlos Herr Bürgermeister Reimann
eine Vergütung des Kriegsministeriums in Bezug auf
unsere Garnisonangelegenheit. Diese Vergütung be-
fragt, daß unsere Kürscher-Garnison in 3½ Jahren
endgültig nach Graudenz übersiedeln werde; jedenfalls
wurde dann aber Nienburg eine andere Garnison er-
halten.

(Gef.)

Krotoschin (Provinz Posen), 7. Dezember. Ein
Theaterkandal ereignete sich hier bei der Aufführung
von Wilhelmsbruchs „Heubauerin“. Während der
Schlußscene des 4. Aktes fühlten sich verschiedene
Damen veranlaßt, entrüstet aufzustehen und das Theater
zu verlassen, ein Theil der Herren folgte dem Beispiel,
während der größere Theil blieb, um die weitere
Entwicklung abzuwarten. Natürlich ging das
nicht ohne erhebliche Störung ab. Das Publikum
vom zweiten Platz ging mit Stöcken gegen die
Zurückgebliebenen vom ersten Platz los und rief:
„Janohl! Ihr Reichen, so macht Ihres!“ Glücklicher
Weise kam es nicht zu ernsteren Szenen, und nachdem
über die Hälfte der Besucher — das Haus war aus-
verkauft — das Theater verlassen hatte, trat wieder
Ruhe ein und das Glück konnte ohne Unterbrechung
zu Ende gespielt werden.

Von der Marine.

* Das Kanonenboot „Wolf“ (Commandant
Capitän-Lieutenant Hellhoff) ist am 7. Dezember
d. J. in Yokohama eingetroffen. — Der Kreuzer
„Möve“ (Commandant Corv.-Capitän v. Halsfern)
ist am 7. Dezember d. J. von Gibraltar nach
Alexandrien in See gegangen.

Literarisches.

Constantin Bulles Geschichte der neuesten Zeit.
(Verlag von Leonhard Simon in Berlin, 2. Auflage.)
Selten ist ein Werk von der deutschen Kritik bei seinem
ersten vor nunmehr 15 Jahren erfolgten Erscheinen
mit so einflussreichem Lob begürtet worden, wie das
Werk von Bulle, das beste Zeichen für dessen inneren
Werth. Das Werk füllte in der That eine längst
empfundene Lücke in der neuern historischen Literatur
in vorzüglichster Weise aus. Das Verdienst aber, das
sich der Bremer Historiker hiermit erworben, ist noch
vergrößert worden durch das Erscheinen der zweiten
umgearbeiteten Auflage. Unbefangenheit der Wahr-
nehmung, Selbstverleugnung der Persönlichkeit, Un-
stethlichkeit des Urteils, hat einst Gerinus in der
Widmung seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts an
Schlosser als erste Begüngungen hervorgehoben, die
der geschichtliche Beobachter jüngster oder jüngst ver-
gangener Ereignisse in sich erfüllen müsse. Diese Un-
befangenheit, Selbstverleugnung und Unstethlichkeit,
die gegenüber einem weiter zurückliegenden Gegen-
stande viel leichter zu behaupten sind, werden bei
Constantin Bulle in vergleichsweise seltener erreichtem
Grade angetroffen. Sein maßvoller Freiheit drängt
sich der bekannte Historiker Stern über Bulles
Werk, ihn nicht dazu, durch beleidigende Ausfälle
Propaganda in einer bestimmten Richtung machen oder,
soweit die neuere Phase vorläufige Geschichte in
Betracht kommt, jeden Akt der politischen Partei,
welcher er angehört, nachträglich vertheidigen zu wollen.
Seine Begeisterung für deutsches Volksthum und
deutsche Macht schlägt nicht um in Chauvinismus, der
in der Aufhebung der nationalen Leidenschaften seine
Bestreitung findet. Er hält sich davor, von der
Bergangheit zu fordern, daß sie den Maßstab der
Gegenwart an die Erscheinungen des öffentlichen Lebens
hätte legen sollen. Er geht der Verbindung aus dem
Wege, fort und fort aus noch nicht abgeschlossenen
Entwickelungen Schlüsse für die Zukunft ziehen zu
wollen.

Von nicht geringerer Wichtigkeit für den Werth und
Erfolg seines Buches als die Diction ist die Disposition.
Bulle schreibt für Deutsche. Billiger nimmt daher
die Erzählung der Geschichte des deutschen Volkes
seit dem Jahre 1815 die Hauptstelle ein, wenigstens
info man nach der Zahl der Seiten rechnen wollte,
die ihm gewidmet sind. Der Abschnitt, in dem die
Begründung der preußischen Hegemonie in Deutschland
dargestellt wird, ist einer der längsten des Werkes.
Aber man braucht nur einen Blick auf die Kapitelüberschriften
zu verstehen, daß die Gruppierung der
Thatsachen um irgend ein tief einschneidendes
Ereignis herum, dabei bleibt es dem Zakte des
Historikers überlassen, bald einleitend auf frühere An-
gelegenheiten zurückzusehen, bald vorschauend die
Verbindungsstäben zu früheren Vorgängen hinzu-
zupinnen. Ein solches Ereignis bildet für die Ge-
schichte Griechenlands der langjährige Befreiungs-
kampf für die Geschichte Spaniens die erste Erhebung

Heute früh, entlich fast nach
längrem Leiden in Silesia in
Gschw. untere neue Schwester,
Schwärin und Tante
Luise Lanfer,

im 65. Lebensjahr, welches hier-
mit statt jeder beiderlei Mel-
bung ließ betrub anzeigen
Danzig, den 9. Dezember 1890
8790. Die Ginterlieben.

Heute Abend 7/2 Uhr entlich
zu Marienwerder sanft nach
achtäugem Leiben an Lungen-
entzündung unsere liebre Schrö-
gerin und innig geliebte Tante,
Fräulein

Johanna Knopmuß,
in ihrem 74. Lebensjahr, was
hiermit statt jeder besonderen
Meldung ihren Freunden und
Bekannten siebetrieb amzeigt
Soppot, 9. Dezember 1890

Rechnungsraat Blüthner nebst
8794 Familie

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsvoll-
streckung soll das im Grundbuche
von Gschau, Band I, Blatt 24,
Artikel 18 auf den Namen des
Zimmermanns Franz Damps,
welcher mit seiner Ehefrau Marika
geb. Bastian in Gütergemeinschaft
lebt, eingetragene, in Gschau,
Kreis Danzig, höhe belegene
Grundstück am 3. Februar 1891.

Dormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42,
versteigert werden. (8783)

Das Grundstück ist mit 11,40 M.
Reinertrag und einer Fläche von
1 Hektar, 17 Ar, 90 Quadratmeter
zu Grundsteuer, mit 18 M.
Nutzungswert zur Gebäudesteuer
veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, be-
gläubigte Abschrift des Grun-
dbuchsblatts können in der Ge-
richtsschreiberei 8, Pfefferstadt,
Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 43,
eingehangen werden.

Danzig, den 3. Dezember 1890.
Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsvoll-
streckung soll das im Grundbuche
von Gschau, Band I, Blatt 15,
auf Gschlitz, unter den Namen des Franz
Manski, welcher mit Marianne
geb. Szabrowski in Güter-
gemeinschaft verheirathet ist, ein-
getragene, im Kreise Garthaus
belegene Grundstück am 16. Februar 1891.

Dormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 22,
versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 14,25 M.
Reinertrag und einer Fläche von
3,69,30 Hektar zu Grund-
steuer, mit 18 M. Nutzungswert
zur Gebäudesteuer veranlagt.

Garthaus, d. 5. Dezember 1890.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
I. In unser Firmenregister sind mit dem Ehe in Soppot
eingetragen worden unter:
Nr. 13 die Firma M. Herrmann.
Inhaber: Kaufmann Max Herr-
mann in Soppot. Eingetragen
am 18. November 1890.

Nr. 14 die Firma Venus v.
Wietz. Inhaber: Kaufmann
Bennio v. Wietz in Soppot.
Eingetragen am 18. November
1890.

Nr. 15 die Firma O. Fromelt.
Inhaber: Apotheken-Betörper
Odonell Fromelt in Soppot.
Eingetragen am 21. November
1890.

Nr. 16 die Firma D. Philipsohn.
Inhaber: Kaufmann David
Philipsohn in Soppot. Einge-
tragen am 21. November 1890.

Nr. 17 die Firma G. A. Fritze.
Inhaber: Kaufmann Gustav
Adolph Fritze in Soppot. Ein-
tragen am 25. Novbr. 1890.

Nr. 18 die Firma A. Grünholtz.
Inhaber: Holzhändler August
Grünholtz in Soppot. Einge-
tragen am 29. November 1890.

Nr. 19 die Firma C. Grünholtz's
Wwe. Inhaber: die Witwe
Johanna Grünholtz geb. Ziegler
in Soppot. Eingetragen am 29.
November 1890.

II. Ferner ist in unser Register
zur Eintragung der Aus-
schließung der ehemaligen Güter-
gemeinschaft am 18. November
1890 unter Nr. 17 eingetragen
worden:

Der Kaufmann Johann Carl
Bennio v. Wietz in Soppot hat
für seine Ehe mit Maria Gar-
sina geb. Rostkowits durch Vertrag
d. d. Danzig, den 19. April 1876
die Gemeinschaft der Güter und
des Erwerbes ausgeschlossen mit
der Bestimmung, daß das von der
Ehefrau in die Ehe einzubringende
Bermögen die Natur des vorbe-
haltenen Bermögens erhalten soll.
Soppot, den 3. Dezember 1890.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
Wir suchen zum sofortigen An-
tritt einen mit den Geschäften im
Magistrats- und Polizeibureau,
namentlich aber auch mit den Be-
stimmungen des Gesetzes über
die Qualitäts- und Altersver-
förderung vertrauten Bureau-
arbeiter. Die Bevölkerung wird
nach der Leistungsfähigkeit bis
um ein Betrage von 900 Mark
länglich bemessen werden.
Dr. Stargard, 8. Dezbr. 1890.
Der Magistrat.
gez. Gamke. (8781)

Bekanntmachung.
Wir suchen zum sofortigen An-
tritt einen mit den Geschäften im
Magistrats- und Polizeibureau,
namentlich aber auch mit den Be-
stimmungen des Gesetzes über
die Qualitäts- und Altersver-
förderung vertrauten Bureau-
arbeiter. Die Bevölkerung wird
nach der Leistungsfähigkeit bis
um ein Betrage von 900 Mark
länglich bemessen werden.
Dr. Stargard, 8. Dezbr. 1890.
Der Magistrat.
gez. Gamke. (8781)

Rath Königsberg
label hier Dampfer
„George Dittmann“
ca. den 13. cr. (8791)
Güteranmelbungen bei
Ferdinand Prowe.

Zur gef. Beachtung.

Den Wünschen der geehrten Geschäftswelt ent-
sprechend werden wir bei genügender Beteiligung
am nächsten Sonntag, den 14. d. Mts., noch eine

Zweite Weihnachts-Inseraten-Nummer

erscheinen lassen und dieselbe ebenfalls durch die
bekannten 7 Blätter in ca. 17000 Exemplaren ver-
breiten. Wir erbitten Inserate bis Donnerstag Mittag
und zeichnen

hochachtungsvoll

Expedition der Danziger Zeitung.

Bekanntmachung.

Bei dieser Stadtverwaltung
ist die Stelle eines (3.) Polizei-
Gesellen, der zugleich die Ge-
schäfte des Gefangenwäters und
Rathauskelleraus zu besorgen
hat, zum 1. Januar 9. J. zu be-
setzen. Mit derselben ist ein Ge-
halt von 600 M. eine garantirte
Rebeneinnahme von 200 M. jährlich
und freie Wohnung im Rathaus
im Werthe von 100 M. ver-
bunden; pensionsanrechnungs-
fähig sind 900 M.

Bewerber müssen körperlich
kräftig, energisch, nüchtern und
glaublich sein, schriftliche Anzeigen
orthographisch richtig, sachgemäß
und verständlich zu erläutern und
sich unfehlbar führen haben.
Die Anstellung erfolgt nach leh-
monatlichem Probe Dienst bei be-
wiesener Tüchtigkeit auf Lebens-
zeit.

Selbstgezeichnete Bewerbungen
sind unter Anhluß des Civilver-
gütungsteins eines Lebens-
laufs, sowie der Zeugnis schleu-
nigt an uns einzureichen.

Neustadt, Westpr., (8756)

den 8. Dezember 1890.

Der Magistrat.

Schiffs-Verkauf in Stolpmünde.

Laut Rhebergs-Vertrag soll der
Stolpmünder liegende Schoner
Gustav, 258 Cbm. vermessen.

Sonnabend, d. 27. Dez. cr.,
Rath. 3 Uhr, im Redest'schen
Gasthofe derselbst öffentlich meiss-
tisiert verkauft werden.

Das Schiff kann nach vor-
heriger Meldung bei Herrn Capt.
3. B. Krause jederzeit bestellt
werden. (8743)

G. G. A. Fritze.

Mark 1 Mark
kostet ein Loos der
Weimar-Lotterie.
Ziehung am 18.-19. De-
zember cr.

150 000 M. W.
kommen zur Verloofung.

J. Eisenhardt,
Berlin C, Kaiser Wilhelm-
strasse 49. (7602)

Vorto. u. Liste 30. S.

Für 10 Mark
170000 Mark

zu gewinnen auf:

2 Kölner Domback- u.
3 Weimar-Loose.

Ziehungsanfang 13. Dezbr.

M. Fränkel jr.,
Bank u. Lotteriesgesch.,
Berlin W. Friedrichstr. 65.

Die am 2. Januar 1891 fällig
werdenden Coupons unserer
familiären Pfandbriefe und
Schuldscheine werden bereits
zu 15. Dezember cr. ab bei
unserer Kasse in Berlin und bei
den bekannten Zahlstellen ein-
gelöst.

(8744)

**Pommersche
Hypothen-Actien-Bank.**

3. Romisch. Schulz.

Die Volks-Suppen-Rühe
Mauerweg 3

verabfolgt 1 Liter kräftiges Essen
für 10 Pfiz.

Dasselbe kann Mittags 11 1/2 bis
12 1/2 Uhr abgeholt oder auch
darselbst gegessen werden.

(8744)

Großes Gewinnbuch, unsere
Kleinm. Strafenregister u. Hans Rudolf.
4. Aufl. Preis: 60 2/3 Dr. Orig.
Ausstattung, Mähtau und
Waldbach, Frankf. a. M.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Leimfabrik,
Barmer-Rittershausen.

**Frisch gebrannten
Glückkalk**
aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

2. Hartwig u. Co.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.
Hundegasse 102.

Rheinische Le